

Αρχείο
Ευρώπης

Mann der Fakten

Bis Jahresmitte steht der Ministerpräsident der Union vor. Deutschland ist er besonders verbunden: Dort hat er studiert und gelehrt.

■ THOMAS GUTSCHKER

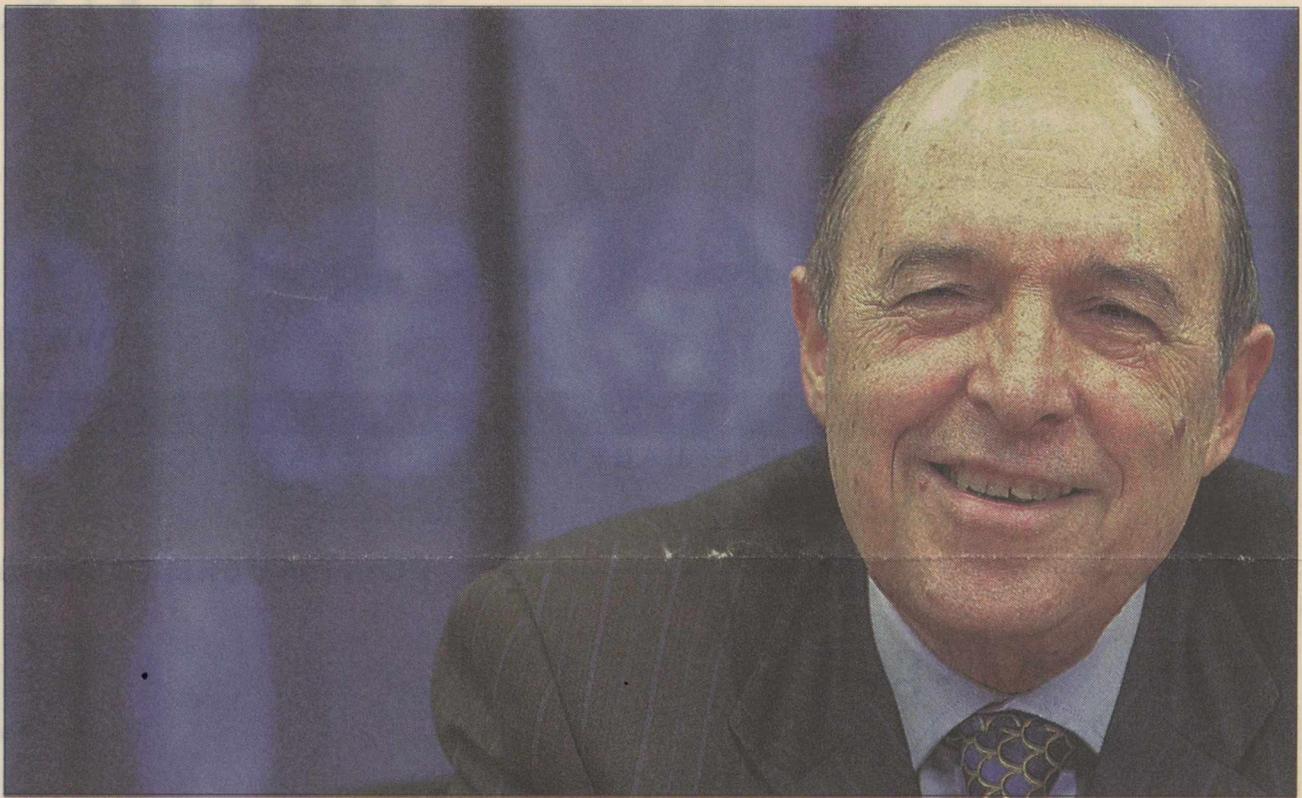
Vielleicht ist es das letzte Mal, dass ein Grieche an der Spitze des Europäischen Rats steht. Im Europa der 25 kann der Vorsitz im Gremium der Staats- und Regierungschefs nicht mehr jedes halbe Jahr von Land zu Land wechseln. Darüber sind sich alle einig, auch die kleinen Länder, die stets das helle Licht der Aufmerksamkeit genossen haben. Kostas Simitis, seit Jahreswechsel neuer EU-Ratspräsident, wird das Ansporn genug sein, noch einmal europäischen Glanz auf Griechenland zu lenken. Und den Kleinen eine Stimme zu geben, wenn der Zukunftskonvent in den nächsten Monaten über das neue Institutionengefüge berät.

Dass sein Wort im Kreis der fünfzehn Gewicht hat, steht außer Frage. Der 66 Jahre alte Sozialdemokrat, 1974 Mitbegründer der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (Pasok), war Europäer schon, als die meisten seiner Parteifreunde in dem Staatenverbund noch einen Club von Großkapitalisten und Imperialisten sahen. Während Andreas Papandreu als Parteiführer gegen eine Mitgliedschaft in der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) Stimmung machte, klebte Simitis Plakate für Europa. Dafür warf ihn „der Alte“ aus dem Zentralkomitee der Partei. Das war 1979.

Sparen und Privatisieren

Schon zwei Jahre später war klar, dass Simitis in Wahrheit den Richtungskampf gewonnen hatte. Papandreu wurde Ministerpräsident eines Landes, das die Konservativen in die EWG geführt hatten, sein aufstrebender Parteigenosse erhielt das Schlüsselressort. Dem Landwirtschaftsminister Simitis fiel die keineswegs unpopuläre Aufgabe zu, millionenschwere Subventionen aus Brüssel zu verteilen. Damals galt Griechenland als europäisches Entwicklungsland – vornehm ausgedrückt hieß das „Konvergenzstaat“ –, mit einer Wirtschaftskraft, die zwei Drittel unter dem Durchschnittsniveau der Mitgliedsstaaten lag. Heute ist es immer noch Schlusslicht der fünfzehn, aber der Abstand ist auf ein Drittel geschrumpft.

Niemand hat an dieser Erfolgsgeschichte größeren Anteil als Simitis. 1985 leitete er als Wirtschafts- und Finanzminister einen Sparkurs ein, der jedem Liberalen zur Ehre gereicht hätte.



VERBINDLICH: Kostas Simitis fühlt sich auf diplomatischem Parkett wohl, ein Volkstribun ist er nicht. Foto: AP

Binnen vier Jahren sank die Inflationsrate von 25 auf 16 Prozent, das Leistungsbilanzdefizit um die Hälfte. Simitis, kein Volkstribun wie Papandreu, erwarb sich den Ruf eines „Mannes der Fakten“ und „genauen Rechners“. Nach der Regierungsübernahme 1993 kehrte er als Superminister für Industrie, Energie, Technologie und Forschung in das Kabinett zurück und trieb die Privatisierung der Staatsunternehmen voran. Drei Jahre später beerbte er Papandreu, zuerst als Ministerpräsident und nach dessen Tod im Sommer auch als Parteiführer.

Eine einzige Zahl symbolisiert seinen Erfolg: Im Jahr 2000 lag die Inflation nur noch bei 2,6 Prozent – im Rahmen des europäischen Stabilitätspakts. Simitis wurde wiedergewählt und konnte vor einem Jahr mit elf anderen Staaten den Euro einführen. Darauf hätten auch politische Freunde keine Wette abgeschlossen.

Der Weg in die Politik war durchaus vorgezeichnet. Großvater und Vater waren bekannte Juristen, die Eltern im Widerstand gegen die deutschen Besatzer engagiert. „Wer unter solchen Umständen Anwalt war, wurde automatisch politisiert“, sagt Spiros Simitis, der zwei Jahre ältere Bruder, Vorsitzender des Nationalen Ethikrats in Deutschland. Diese Erfahrung sollte auch Kostas nach dem Militärputsch 1967 machen. Er opponierte gegen das Obristenregime unter Georgios Papadopoulos, ging in den Untergrund und konnte sich nur durch Flucht seiner Verhaftung entziehen. Italienische Studenten schmuggelten ihn 1969 unter falschem Namen aus dem Land.

Exil fand Simitis dort, wo er auch studiert hatte und promoviert worden war: in Deutschland. Er habilitierte sich

an der Universität Konstanz und nahm 1971 einen Ruf an die Universität Gießen an. Dort lehrte er bis zum Sturz der Militärjunta Handels- und Zivilrecht. Ein Leben fern der Heimat und doch nicht heimatlos: Der Bruder lebte ganz in der Nähe, als Professor für Arbeitsrecht in Frankfurt.

Einsatz für den Balkan

Unversehens hatte sich ein Kreis geschlossen. 1954 war Kostas seinem älteren Bruder nach Marburg gefolgt, bei Rudolf Reinhardt Rechtswissenschaften zu studieren. Kurz nach dem Krieg in das Land der früheren Besatzer zu gehen, zumal als Sohn verfolgter Eltern, war ungewöhnlich. Allerdings hatten beide seit Kindertagen Deutsch gelernt. „Unsere Eltern haben scharf zwischen der deutschen Kultur und den Nationalsozialisten unterschieden“, erinnert sich Spiros Simitis. Für einen griechischen Bildungsbürger führte der Weg zu den eigenen, vom Osmanischen Reich abgeschnittenen Wurzeln notwendigerweise über das humanistische Deutschland. Das galt auch für Juristen: Hier wurde jene Rechtstradition gepflegt, an die Griechenland wieder anknüpfen wollte. Der Titel der Dissertation, mit der Kostas Simitis 1959 in Marburg den Doktorgrad erwarb, deutet die Richtung an: „Gute Sitten und Ordre publique“.

Ein Freund Deutschlands ist Kostas Simitis geblieben. Das wird vielleicht helfen, wenn in den kommenden Monaten Interessenkonflikte auszutragen sind. Als Ministerpräsident eines Landes, dessen Aufstieg ohne Brüsseler Agrarbeihilfen nicht möglich gewesen wäre, pocht Simitis auf großzügige Un-

terstützung der neuen Mitglieder im Osten. Hingegen will Berlin die Direktzahlungen an Landwirte begrenzen und teilweise in die nationale Verantwortung zurückführen. Die Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation über eine Senkung landwirtschaftlicher Exportsubventionen könnten in eine solche Richtung führen.

Differenzen gibt es auch in der Asylpolitik. Griechenland ist als Schengenstaat ohne direkte Grenze zu einem anderen EU-Land von den Migrationsströmen besonders betroffen. Keine Nacht vergeht, in der nicht türkische Schlepperbanden Flüchtlinge aus den kurdischen Gebieten, aus Afghanistan oder Sri Lanka einschleusen. Schon deshalb ist Athen an einer europäischen Asylpolitik gelegen, die die Lasten möglichst gleichmäßig auf aller Schultern verteilt – eine Priorität der neuen Präsidentschaft. Das will auch Berlin. Aus Furcht vor einer Aufweichung des deutschen Rechts hat es eine EU-Regelung aber bisher blockiert.

Mit der geografischen Lage hat auch ein anderer Schwerpunkt von Simitis' Ratspräsidentschaft zu tun. Der griechische Regierungschef will sich dafür stark machen, dass die Balkanstaaten eine Beitrittsperspektive bekommen. Mit Albanien und Mazedonien hat Griechenland eine gemeinsame Grenze, auch mit Bulgarien, das 2007 Mitglied sein will. Wenn die Integration Südosteuropas gelingt, werden die Griechen kein abgesprengter Teil der EU mehr sein.

Näher liegt zunächst jedoch die Osterweiterung. Für die festliche Unterzeichnung der Beitrittsverträge im April hat Simitis einen besonders symbolträchtigen Ort in seiner Heimatstadt Athen ausgesucht: die Akropolis. □